VAdM–Kurier

8. Ausgabe: März 2020
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

Herzlich willkommen zur 8. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im März 2020

Inhalt:

Editorial Seite 1
Wahlen Seite 2
Kommunalwahl Seite 3
Nachgefragt: Rentengerechtigkeit Seite 4
Historikerstreit Seite 5
Vertrag von Versailles (3. Teil) Seite 6
Ostsiedlung: Die Dobrudscha-Deutschen (4. Teil) Seite 7
EU-Beitritt Tschechische Republik: Benesch-Dekrete Seite 8
Vaclav Havel und Wojzíech Jaruzelski: Vertreibung Seite 9
Verschiedenes/Hoh(l)spiegel/ Impressum Seite 10

editorial

Seit Ende Februar eskaliert die Flüchtlingskrise an der Grenze der Türkei zur EU: Erneut werden Flüchtlinge wie im Kosovokrieg und auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle 2015 erpresserisch zur Erreichung politischer Ziele in den zwischenstaatlichen Beziehungen instrumentalisiert.

Ethnische Säuberungen im Irak und Syrien schaffen, wie am Ende des Zweiten Weltkriegs Fakten, die dann bei den folgenden Friedensverhandlungen als Tatsachen einfließen sollen.

Wie die Staaten der EU heute dem Treiben eines Despoten zusehen, hatten die Alliierten 1918 und 1945 der Vertreibung der Deutschen im Osten und Südosten ‚machtlos‘ zugesehen.

Bewusst sollten die Vertriebenen das Nachkriegsdeutschland 1945 schon durch ihre Masse von 14 Millionen destabilisieren: Es war nur dem Langmut der durch den Nationalsozialismus politisch verkümmerten einheimischen Bevölkerung zu verdanken, dass es seinerzeit zu keinen größeren Unruhen kam.

Allerdings hatten und haben die politischen Parteien in der *kleinen* BRD ein sehr – gelinde gesagt – ambivalentes Verhältnis zu den Vertriebenen und Aussiedlern: Während die SPD sich gar nicht um deren Belange und Befindlichkeiten scherte und dies die FDP nur punktuell in Regierungsverantwortung tat, kümmerte sich die Union gezielt nur um die Förderung der Vertriebenenverbände – hier hat sich bis heute nichts geändert.

In den wirklich substanziellen Belangen, beispielweise der Rentengerechtigkeit für Aussiedler aber hat vor allem die Union völlig versagt: Besonders perfide zeigte sich dies in der bürokratischen Splittung von Heimatvertriebenen in Aussiedler und Spätaussiedler Anfang der 1990er, um die Rentenansprüche der letzteren zu reduzieren.

Die deutsche Politik darf sich nicht von außen erpressen lassen. Zu jeder Erpressung gehören immer zwei: Auch einer, der sich erpressen lässt. Der gezielten Destabilisierung der deutschen Zivilgesellschaft durch eine weitere Migrationswelle muss die Politik beherrscht entgegentreten.

Vadim Derksen Herbert Karl

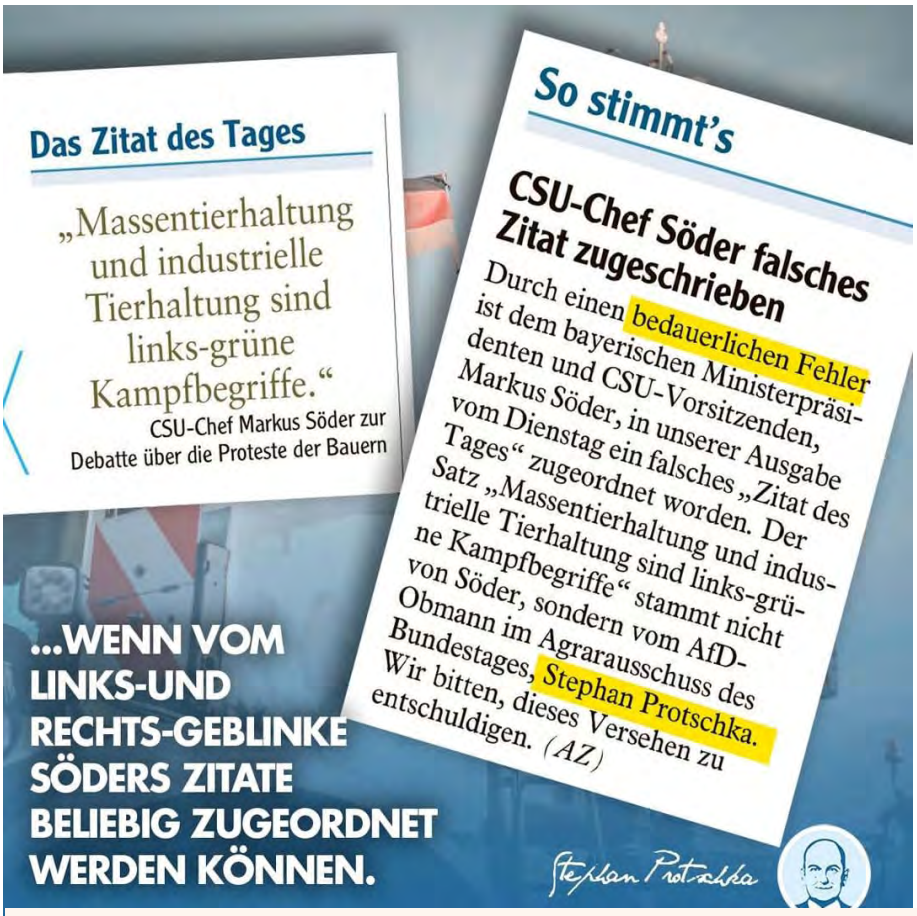
WAHLKAMPF 2020

Wir bedanken uns ganz herzlich bei unseren Wählern in Hamburg für das der AfD entgegengebrachte Vertrauen. Besonders freut es uns, dass mit Frau Olga Petersen die Vertriebenen und Aussiedler eine Stimme im Hamburger Senat erhalten

Ändern Sie nicht Ihre Meinung, ändern Sie die Politik!

https://www.afd-muenchen.de/kurzprogramm/

Kommu-Wahl in Bayern



bei der AfD München . . .

Millionen Wähler haben innerhalb weniger Jahre dafür gesorgt, dass die AfD vor allem im Bundestag wie auch in sämtlichen Landtagen stark vertreten ist. Daher ist der Einzug von AfD-Politikern in Stadträte und Kreistage ein konsequenter und in Bayern überfälliger Schritt. Am 15. März 2020 finden hier in München nach sechs langen und ereignisreichen Jahren wieder Kommunalwahlen statt. Die AfD will diese Chance nutzen, um eine bürgerlich-wertkonservative und vernunftorientierte Politik in die Kommunalparlamente zu tragen.

Gerade die Landeshauptstadt München darf nicht einer politischen Konkurrenz überlassen werden, die aus der beschaulichen und lebenswerten Großstadt immer mehr eine linksgrüne Ökotopia-Traumwelt machen will. Keine der Altparteien tritt diesem ideologischen Trend ernsthaft entgegen. Die AfD setzt sich für mehr gelebte Demokratie und freie Debattenkultur zwischen allen Bürgern, Parteien und Gruppierungen ein. Politisch Andersdenkende dürfen weder ausgegrenzt werden, noch darf man sie an der Anmietung von Versammlungsräumen hindern oder bei Kundgebungen aggressiv stören. Die AfD möchte Bürger mehr miteinander und mit örtlichen Politikern ins Gespräch bringen. Stadträte der AfD werden über ihre Tätigkeit und das Abstimmungsverhalten jederzeit allen interessierten Bürgern transparent Rechenschaft ablegen.

https://www.afd-muenchen.de/kurzprogramm/

NEUERUNGEN BEIM WAHLRECHT

Bei der Kommunalwahl 2020 wird erstmals nach dem Sainte-Laguë-Verfahren, das das seit 2013 geltende Hare-Niemeyer-Verfahren ersetzt, ausgezählt. Hierbei werden die Zweitstimmen der Parteien durch eine bestimmte Zahl, den Divisor, der bei jeder Wahl neu ermittelt werden muss, geteilt. Aus den gerundeten Ergebnissen wird die Anzahl der Mandate für jede Partei ermittelt. Es gilt als das Auszählungsverfahren, bei dem die geringsten Benachteiligungen für große wie kleine Parteien auftreten. Die CSU hatte für eine Auszählung nach dem D'Hondt-Verfahren plädiert.

Durch das neue bayerische Kommunalwahlrecht wurden außerdem Listenverbindungen abgeschafft. Im Gegenzug dürfen unter bestimmten Voraussetzungen aus einzelnen Parteien mehrere Listen zur Wahl angemeldet werden

Nachgefragt:

Wie könnte die Rentengerechtigkeit für Spätaussiedler erreicht werden?

Seit seinem Bestehen tritt der VAdM für die Novellierung des Fremdrentengesetzes (FRG) und damit einer Gleichbehandlung der Aussiedler und Spätaussiedler ein. Dabei wäre es eine ganz einfache chirurgische Operation, die Paragraphen 22 (4) und 22b (1 und 3) FRG zu ändern, die im Herkunftsland erworbenen Ansprüche auf 100 % zu erhöhen und die Deckelung der Entgeltpunkte aufzuheben.

Alles sonstig in diesem Diskurs Vorgebrachte ist Unsinn und bringt uns nicht weiter, denn den direkt Betroffenen läuft einfach die Zeit davon. Wenn die Politik nicht weiter weiß, wird ein Stuhlkreis, pardon: Arbeitskreis gegründet, in der Finanzwirtschaft wird entsprechend ein „Fond“, hat nichts mit Bodensatz zu tun, gegründet.

So wurde ein solcher von Frau Merkel angeregt; es sei dahingestellt, ob es ihre ureigene Eingabe war oder nicht; Fakt ist, dass der Großteil der willfährigen Funktionäre im Bund der Vertriebenen (BdV) und den Landsmannschaften auf diesen fahrenden Zug aufsprangen. Besonders linientreu erwiesen sich erneut die Hauspostillen von Bernd Fabritius, dem BdV-Präsidenten: Die „Siebenbürgische Zeitung“ und die „Banater Post“.

Die Kürzung der Rente um 40 % wurde seinerzeit mit den mangelnden Finanzen begründet: Wir schreiben das Jahr 1996: Kohls „blühende Landschaften“ erwiesen sich als Wahlgeplänkel, die Deutschen aus Russland kamen in Scharen, denn die vom Kanzler versprochene „Wolgadeutsche Republik“ erwies sich als Seifenblase und die vorwiegende Mehrheit der Deutschen aus den vormaligen kommunistischen Staaten waren schon längst in Deutschland.

Wurden im Zuge der Wiedervereinigung um eine Rentengerechtigkeit ehemaliger DDR-Staatsbürger noch hitzige Diskussionen geführt, gab es bis auf ein paar Debatten in den Niederungen des Deutschen Bundestages keinen öffentlichen Diskurs über die Ungerechtigkeit der erwähnten Paragraphen des FRG. Werden die so genannten DDR-Renten bei jeder Neubewertung jedes Mal kosmetisch angehoben, hat sich bei den Renten der Aussiedler und Spätaussiedler seit 1996 nichts verändert: Viele Betroffenen leben unterhalb der Armutsgrenze.

Dabei hat sich die Geschäftsgrundlage der §§ 22 und 22b FRG vollkommen geändert: Nach dreißig Jahren tragen die „Neuen Bundesländer“ sich finanziell zum Großteil selbst, die Aussiedler und deren zahlreiche Nachkommen haben in den Rententopf Milliarde an Beiträgen einbezahlt und vor allem leisteten die Aussiedler durch ihre Rentenkürzung ihren Solidarbeitrag, der endlich anerkannt werden sollte.

Bis das gesamte „Rentensystem“, dessen Finanzierung sowieso auf dem Kopf steht, durch ein bedingtes Bürgergeld (Leistung eines Solidarjahres durch alle Staatsbürger) wieder auf die Füße gestellt wird, fordern wir mit der Novellierung des FRG die 100% Anerkennung der im Ausland geleisteten Ansprüche und die Anrechnung sämtlicher Entgeltpunkte wie bei allen Staatsbürgern.

Um aller Kritik zu entgehen: Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag haben das Gesetzesinitiativrecht, habe es somit in ihren Händen, das FRG zu novellieren oder mit einem Korrektivgesetz dieses, die Spätaussiedler betreffende Unrecht zu heilen.

Stehen wir 2020 vor einem (dritten) „Historikerstreit“?

Im letzten „Cato“ (Nr. 2, März 2020) geht Karlheinz Weissmann in seinem Beitrag *Fritz Fischers langer Schatten* auf einen Artikel von Sven Felix Kellerhoff (*Welt am Sonntag*, zweite Januarausgabe) ein: Dieser hat aus den Niederungen des historischen Alltagsbetriebs der *Historischen Zeitschrift (HZ)* den Aufsatz von Robert Moores *Die deutsche Legende vom »aufgezwungenen Verteidigungskrieg« 1914* herausgepickt, in dem dieser gegen einen ebenfalls in der HZ bereits 2016 erschienen Beitrag des Würzburger Geschichtsprofessor, Rainer Schmidt, unter dem Titel *Revanche pour Sedan* polemisiert. Darin hatte letzterer in seiner Darstellung des Kriegsendes 1945 erwähnt, „daß es damals neben allen anderen auch deutsche Opfer gab“.

Es gibt aber ein paar Bemerkungen zu dieser sich abzeichnenden Debatte: Erstens, ist ein Herr Robert Moore im Dunstkreis der Historikerzunft ein völlig unbeschriebenes Blatt; entsprechend die Frage: Wer und was steckt hinter dieser Polemik? Zweitens, wurde und wird unter dem schwammigen Begriff „Historikerstreit“ mehr um des ‚Kaisers Bart‘ als um Fakten gestritten, und das deshalb, Drittens, weil die alliierten Archive – darauf wurde bereits in der Januarausgabe unseres Kurier verwiesen – von 1914 bis heute erhebliche Lücken aufweisen.

Unter diesem Aspekt Weissmann:

> *„Dabei weiß jeder, der sich mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs befaßt, um die bedauerlichen (und wohl nicht immer zufälligen)Lücken der Überlieferungsbestände. Die machen es unumgänglich, auch auf Materialien wie Erinnerungen, Tagebücher oder Briefe zurückzugreifen. Wenn Moore das als Bezug auf das »Anekdotische« lächerlich macht, muß er sich nicht nur ein etwas naives Vertrauen in die Akten nachsagen lassen, sondern auch, daß er das von ihm selbst zitierte Bonmot von Bismarck ignoriert, dem zufolge sich das Wichtige nicht in den Akten findet“.*

Faszinierend für die Geschichte ist, daß sie immer auch einen Bezug auf die aufgewühlte Tagespolitik hat: Die Causa Schmidt hatte zur Folge, daß:

> *„Die Bayerische Landeszentrale für politischen Bildungsarbeit [. . .] einen bei Schmidt bestellten, von ihr akzeptierten und bereits gesetzten Text zum Kriegsbeginn 1945 kurz vor der Drucklegung zurückgezogen [hat]. Das geschah auf Intervention der Behördenspitze, der nicht geheuer war, daß Schmidt, trotz einer insgesamt moderaten Darstellung, darauf beharrte, daß der Zusammenbruch die Deutschen auch zu Opfern machte“.*

Hinweis: Der Aufsatz von Rainer Schmidt *Katastrophe und Katharsis. Reflexionen zum Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren* steht auf der Hausseite des Cato.

Ob die Causa Schmidt in einem dritten „Historikerstreit“ mündet, ist abzuwarten: Spannend wird es auf jeden Fall . . .

Vertrag von Versailles: Wilsons ‚14 Punkte'

(3. Teil)

Über das den ‚Österreichern' verweigerte Selbstbestimmungsrecht, in diesem Fall die angestrebte Vereinigung mit der Republik von Weimar, wurde im letzten Kurier gestreift.

Entsprechend musste Österreich am 10. September 1919 als eigenständiges Staatsgebilde mit den Alliierten einen so genannten Vorortvertrag in St. Germain abschließen; die ehemaligen Verbündeten des Deutschen Kaiserreichs folgten: Bulgarien in Neuilly am 27. November 1919, Ungarn am 4. Juni 1920 in Trianon und schließlich die Türkei am 10. August 1920.

St. Germain für Österreich und *Trianon* für Ungarn wurden entsprechend wie *Versailles* für die Weimarer Republik Symbole der erlittenen Niederlage sowie der damit verbundenen Demütigungen: Insbesondere das Abladen der Schuldfrage am Ausbruch des Krieges – für Deutschland der berüchtigte Kriegsschuldartikel 213 – fanden die ehemaligen so genannten Mittelmächte erniedrigend.

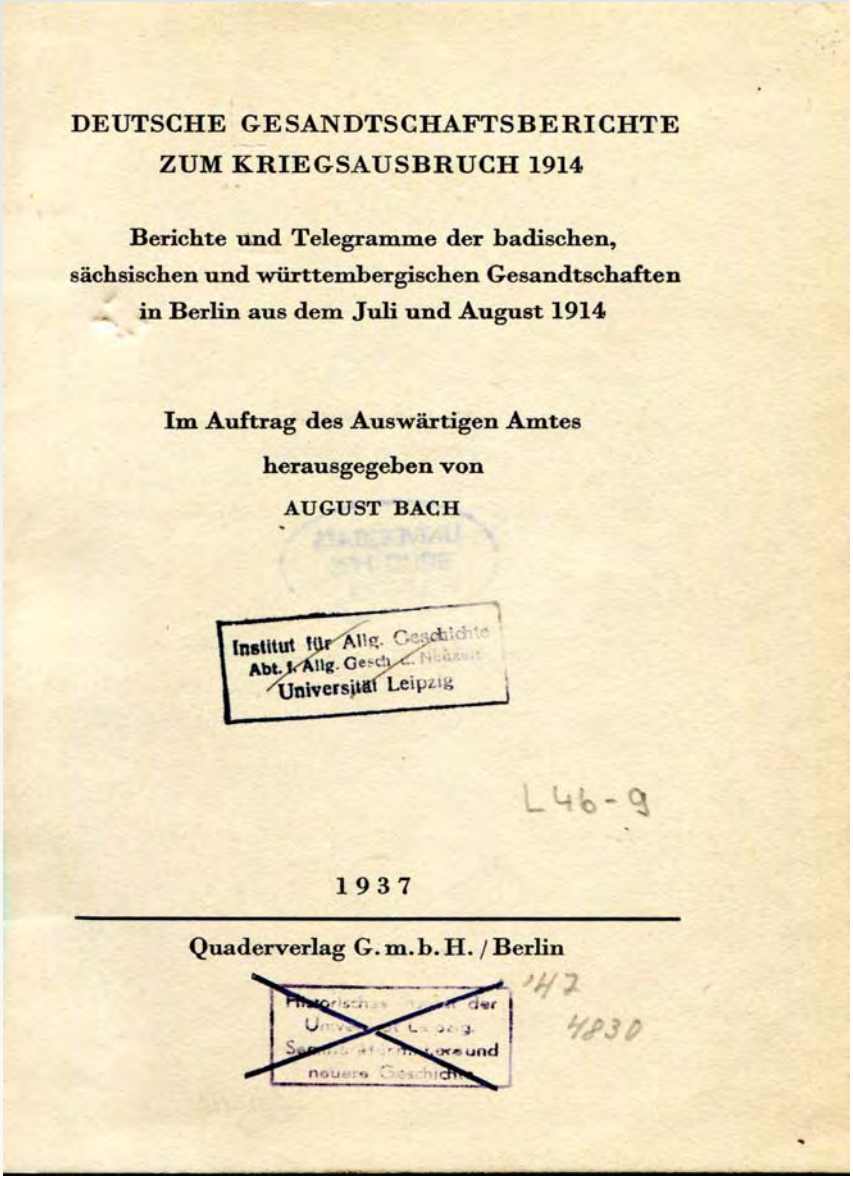
St. Germain bedeutete die Errichtung der Tschechoslowakei aus den Habsburger Provinzen Böhmen, Mähren und Schlesien und – exemplarisch für die Sudetendeutschen – die Abtrennung vom Altbewährten: Das Machtzentrum war nicht mehr Wien sondern Prag und plötzlich wurde man selbst zur nationalen Minderheit.

Selbst Churchill (Karl Dietrich Erdmann im Gebhardt Bd. 19, S. 109) bezeichnete die Auflösung Österreich-Ungarns – das man heute als eine ‚Miniatur-EU vor der EU' benennen kann – als *„die Tragödie Europas: »Es gibt keine einzige Völkerschaft oder Provinz des Habsburgischen Reiches, der das Erlangen der Unabhängigkeit nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die Verdammten der Hölle vorgesehen sind«".*

Der Doyen der Historikerzunft der fünfziger und sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts, Gerhard Ritter, stellt die Frage (Erdmann, ebd.): *»Hat man je einen konkreten Vorschlag gehört, in welcher Form der alte Vielvölkerstaat der Habsburger an der Donau nach seinem totalen Zusammenbruch hätte wiederhergestellt werden können? [. . .]. War das Ergebnis der großen Mächteverschiebung für Deutschlands Zukunft eigentlich so unbedingt ungünstig?«*

Dieser mehrdeutigen Frage werden wir uns demnächst noch widmen müssen.

Herbert Karl



DEUTSCHE GESANDTSCHAFTSBERICHTE
ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

Berichte und Telegramme der badischen, sächsischen und württembergischen Gesandtschaften in Berlin aus dem Juli und August 1914

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes
herausgegeben von
AUGUST BACH

Institut für Allg. Geschichte
Abt. I Allg. Gesch. d. Neuzeit
Universität Leipzig

L 46-9

1937

Quaderverlag G. m. b. H. / Berlin

Historisches Institut der Universität Leipzig
Sozialgeschichte und neuere Geschichte

H7
4830

Die Dobrudscha-Deutschen
Teil 1: Aussiedlung aus der russischen Steppe unter Zar Alexander I.
Fortsetzung: 4. Teil des „Etappenbuchs" (Seite 146ff.)
Aber ihre Hoffnungen auf eigenen Landbesitz wurden enttäuscht; ein Teil wanderte nach mancherlei trüben Schicksalen nach der Dobrudscha weiter. So trifft man hier auch Leute, die als Geburtsort Ugartsberg, Strij, Brigidau, Josefsberg, Neudorf, Falkenstein, Bolichow und andere nennen, alles Namen deutscher Kolonien in Galizien.
Was veranlaßte aber nun diese deutschen Bauern Russands, die neue, durch ausdauernden Fleiß zum Gedeihen gebrachte Heimat wieder zu verlassen und in die türkische, später rumänische Dobrudscha zu ziehen?
Wie schon erwähnt, war bei der Landanweisung festgesetzt, daß dieses sich unveräußerlich in der Familie forterbe, und zwar auf den jüngsten Sohn. Die übrigen Bauernsöhne sahen sich also gezwungen, anderwärts Grund und Boden zu suchen. Das geschah natürlich zunächst in der näheren oder weiteren Umgebung des elterlichen Dorfes, und es entstanden aus den alten Ansiedlungen heraus zahlreiche neue. Aber allmählich ward auch hier der freie Raum schmäler und die Niederlassungsmöglichkeiten knapper und ungünstiger. So richtete man die Blicke in die weite Ferne, und Sendboten wurden ausgesandt, um Neuland zu suchen. Zuerst wandte man die Schritte nach der Walachei, wo auch verschiedene Ansiedlungen entstanden sind, die aber bis auf eine bald wieder aufgegeben wurden. Die menschenarme Dobrudscha bot sich als nächstes Gebiet, und ihre damalige Herrin, die Türkei, verkannte nicht den Gewinn, den die fleißigen und ordnungsliebenden deutschen Ackerbauer für das wirtschaftlich zurückgeblieben Land mit seiner wilden und kulturell tiefstehenden Bevölkerung bedeuten würden. Sie sicherte ihnen volle Freiheit in der Erhaltung ihrer Eigenart und ihres Glaubens zu, bot ihnen Land, soviel ein jeder sich durch freier Hände Arbeit erringen konnte. Und die Dobrudscha selbst gefiel ihnen recht gut. Was sie ihnen bot, erinnerte in so vielem an ihre russische Heimat, die sie verlassen wollten . . .

https://ia801601.us.archive.org/33/items/ahy8658.0001.001.umich.edu/ahy8658.0001.001.umich.edu.pdf
Über die weitere Odyssee, den langen Weg der Dobrudschadeutschen in ihre neue Heimat werden wir in einer nächsten Folge berichten.
Herbert Karl

AK Deutsche Minderheiten weltweit

Über das Recht auf Heimat

In der Diskussion erarbeitet, gemeinsame Aussage über das Recht auf die Heimat
«Das Heimatrecht gehört zu den Grundrechten des Menschen. Der Mensch bedarf zu seiner naturgemäßen Entwicklung eines Raumes, den er als Heimat erfährt.
Die beispiellosen Vertreibungen der jüngsten Vergangenheit haben Millionen von Menschen den von der Ursprungsgruppe geprägten Lebensraum, das von Kindheit an bergende und tragende Stück Welt genommen.
Damit künftig Menschen vor solchem Schicksal bewahrt bleiben, ist eine völkerrechtliche Kodifizierung des Rechts auf die Heimat erforderlich. Die heutige Mobilität der Bevölkerung scheint ähnliche Symptome zu erzeugen wie die Vertreibung. Zwischen beiden besteht aber doch ein wesentlicher Unterschied: Der von der Mobilität aus seiner Heimat herausgerissene Mensch hat seine Heimat im Rücken.
Den Vertriebenen aber sind die Brücken zur Heimat gewaltsam und widerrechtlich abgebrochen worden.«

Materialien aus einem Theologengespräche: 30 Jahre nach der Vertreibung, 1978, S. 60.

Die Familie als Wurzelboden des Heimaterlebnisses
P. Sladek: Nach 1945 bestand durchaus die Gefahr einer Entwurzelung und politischen Radikalisierung der deutschen Vertriebenen. Weil aber die Vertriebenen in Deutschland über Anweisung der Besatzungsmächte politische Gleichberechtigung erhalten haben und infolgedessen ihre eigenen Kräfte für den Wiederaufbau ihrer Existenz und, darüber hinaus, für die politische Durchsetzung entsprechender Hilfen für ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufstieg einsetzen konnten, sind sie von bloßen Fürsorgeempfängern zu Menschen geworden, die mit ihrer aktiven Selbsthilfe auch persönliche Verantwortung für sich und ihre Leidensgenossen übernommen haben. Gerade die Möglichkeit, aktiv mitwirken zu können an der Überwindung ihres Schicksals und am Neuaufbau ihrer Zukunft hat die Gefahr der geistigen und moralischen Entwurzelung stark gemindert . . .

Materialien aus einem Theologengespräch: 30 Jahre nach der Vertreibung, 1978, S. 55.

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen der Tschechischen Republik waren auch die so genannten Beneš-Dekrete ein Thema *(Auszug aus der FAZ vom 23. Februar 2002, S. 1)*

Die Stunde der Wahrheit

bko. Wie die Europäische Union und ihre Mitglieder das wohl unter den Teppich kehren wollen? Es wird nicht leicht sein, den Vorschlag des tschechischen Parlamentspräsidenten Klaus, die Beneš-Dekrete in den Beitrittsvertrag mit der EU aufzunehmen, sie somit von der EU bestätigen und zu einem Teil ihres Rechtskörpers werden zu lassen, als ein „Mißverständnis" hinzustellen, so wie das mit den Aussagen des Ministerpräsidenten Zeman geschehen ist. Vom kühl kalkulierenden Klaus, der sich noch nicht am Ende seiner politischen Karriere angelangt sieht, ist zu erwarten, daß er zu seinen Worten steht. Er hat sie nicht ohne Grund ausgesprochen.

Klaus' Vorstoß stellte einen Kurswechsel mit noch unabsehbaren Folgen für die Beitrittsverhandlungen mit der EU dar. Bisher hatte Prag versucht, das Thema Beneš-Dekrete aus den Gesprächen mit Brüssel heraus- und auch sonst möglichst klein zu halten. Das ist den Tschechen lange Zeit gelungen, weil keiner der großen EU-Staaten, besonders auch Deutschland nicht, an diesem Komplex rühren wollte; er sollte den Erweiterungsprozeß nicht belasten. Doch unterhalb der Regierungsebene regte sich Widerstand gegen die Inkorporation von Rechtsnormen, die dem Rechtsverständnis der EU grundsätzlich widersprechen. Man erinnere sich: Mit den Beneš-Dekreten und den auf ihnen gründenden Gesetzen waren die kollektive Enteignung, Entrechtung und Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg legalisiert worden. Sie sind, entgegen der Darstellung Zemans und des deutschen Bundeskanzlers, nach wie vor in Kraft. Das hat nicht nur der UN-Menschenrechtsausschuß, sondern jetzt auch der tschechische Parlamentspräsident bestätigt.

Ihm konnte nicht entgehen, daß immer mehr Europäer das Problem nicht übersehen wollen. Das österreichische Parlament forderte Prag schon zur Aufhebung der Dekrete auf. Das Europäische Parlament wiederholt diesen Aufruf jedes Jahr. Es war das sich wandelnde Meinungsbild, das Klaus zum Handeln veranlaßte. Er packt die EU an ihrer schwächsten Stelle: Wenn ihr die Beneš-Dekrete bisher egal waren, dann kann sie auch nichts dagegen haben, sie in den Beitrittsvertrag aufzunehmen. Damit ist auch für die EU die Stunde der Wahrheit gekommen. Denn an dieser Frage wird sich zeigen, ob man sie weiter Rechtsgemeinschaft nennen kann oder nicht.

"Museum der masurischen Kultur" in Rastenburg-Schäferei

Der inoffizielle Name Masuren kam seit dem 18. Jahrhundert in Gebrauch, da sich viele evangelische Zuwanderer aus dem südlicher gelegenen Masowien in Ostpreußen angesiedelt hatten.

Nachgeblättert:

Vor dreißig Jahren brachte

in der Ausgabe

Juli/August 1990:

auf vier Seiten unter dem Titel:

„. . . eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes“

von Günter Böddecker.

Vaclav Havel und Wojziech Jaruzelski

bedauerten das Schicksal der vertriebenen Deutschen . . .

häuften die Polen auf Hunger, Rücksichtslosigkeit und Plünderung neues Entsetzen. Dort mußten die Deutschen zwei Reihen polnischer Soldaten passieren, die sich zu beiden Seiten der Straße aufgestellt hatten. Sie winkten einzelne Deutsche aus der Kolonne heraus, vor allem jüngere Frauen und Mädchen – Arbeitsfähige. Eine Augenzeugin berichtete der Wissenschaftlichen Kommission: „Die Mütter klammerten sich an die Mädchen und weinten, die Soldaten zerrten die Mädchen mit Gewalt fort. Als das nicht ohne weiteres ging, begannen sie mit Gewehrkolben und Reitpeitschen auf die armen, gehetzten, geängstigten Menschen einzuschlagen. Die Schreie der Geschlagenen hallten weithin“.

Dann vollzog sich vor unseren Augen ein grauenhaftes, entsetzliches Schauspiel: Vier polnische Soldaten versuchten, ein junges Mädchen von seinen Eltern zu trennen. Verzweifelt klammerten sich die Eltern an dem Mädchen fest. Die Polen schlugen mit Gewehrkolben auf die Eltern, besonders den Mann ein. Dieser taumelte, da stießen sie ihn über die Straße, die Böschung hinunter. Er fiel hin. Ein Pole riß seine Maschinenpistole von der Schulter. Eine Reihe Schüsse knatterte. Einen Moment war alles still, dann gellten die Schreie der beiden Frauen auf. Sie eilten zu dem Sterbenden.“

Im Juli des Sommers 1945 tagten im Cäcilienhof zu Potsdam die Sieger des Zweiten Weltkriegs, mit deren Billigung – was die Sowjetunion anging – und schweigender Duldung – was die Westmächte anging – dies alles schuldlosen Deutschen, Frauen, Kindern und alten Männern, angetan wurde. Das sogenannte Abkommen von Potsdam unterstellte Schlesien und Pommern polnischer Verwaltung und gab obendrein der Vertreibung der Deutschen den Anschein von Rechtmäßigkeit. Im Artikel XIII heißt es: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“

Am 16. August 1945 erklärte Winston Churchill, einer der Sieger des Zweiten Weltkriegs und bis zu seiner Niederlage bei der Unterhauswahl im Juli Teilnehmer der Potsdamer Konferenz, vor dem britischen Unterhaus: „Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten... Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Zahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen... Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt...“

Es war in der Tat eine Tragödie. Die Jagd auf Deutsche, Folterung und Mord dauerten an. Und die Vertreibung, die nach der Potsdamer Konferenz rasch gewaltigen Umfang annahm und über lange Zeit hinweg fortgesetzt wurde, war keineswegs „ordnungsgemäß“ und „human“.

Die Statistik des Massenschicksals: In den Ostprovinzen des Deutschen Reiches, im Sudetenland, in Polen und anderen osteuropäischen Ländern lebten 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, rund 17 Millionen Deutsche. Zehn Jahre später, 1949, lebten in diesen Gebieten noch knapp zweieinhalb Millionen Deutsche.

Was war in dieser knappen Zeitspanne eines einzigen Jahrzehnts mit den übrigen fast 15 Millionen Deutschen geschehen?

1,1 Millionen von ihnen waren während des Krieges umgekommen, die meisten als Soldaten der Wehrmacht.

Mehr als elf Millionen wohnten zu Beginn der 50er Jahre nicht mehr dort, wo sie einst gewohnt hatten. Ein Teil von ihnen war noch vor dem Ende des Krieges vor der Roten Armee und den Schrecken, die sie verbreitete, geflüchtet. Der weitaus größere Teil war vertrieben – aus dem Haus, aus der Wohnung, aus der Heimat.

Mehr als zwei Millionen aber, die 1939 im Osten des Reiches, im Sudetenland, in Polen und anderen osteuropäischen Ländern gewohnt hatten, waren elend zugrunde gegangen.

„Haus und Hof, Dorf und Heimat verloren...“

Der tschechoslowakische Staatspräsident Vaclav Havel sagte beim Staatsbesuch Bundespräsident Richard von Weizsäckers am 15. März 1990 auf der Prager Burg:

„Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, jagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation. Und so haben wir in der Annahme, der historischen Gerechtigkeit den Weg zu bahnen, vielen unschuldigen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kindern, Leid angetan. Und wie es in der Geschichte zu sein pflegt, haben wir nicht nur ihnen Leid angetan, sondern mehr noch uns selber: Wir haben mit der Totalität so abgerechnet, daß wir ihren Keim in das eigene Handeln aufgenommen haben und so auch in die eigene Seele... Wir können die Geschichte nicht umkehren, und so bleibt uns neben der freien Erforschung der Wahrheit nur das eine zu tun: Immer wieder freundschaftlich die zu begrüßen, die mit Frieden in der Seele hierherkommen, um sich vor den Gräbern ihrer Vorfahren zu verneigen oder anzusehen, was von den Dörfern übriggeblieben ist, in denen sie geboren wurden.“

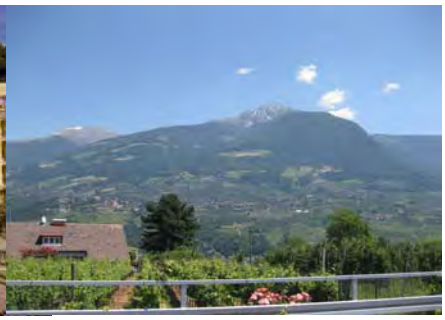
Richard von Weizsäcker sagte bei seinem Staatsbesuch in Polen in einer Rede am 2. Mai in Warschau:

„Unsagbare Leiden sind Ihnen durch Deutsche widerfahren, und wir tragen schwer daran. Auch für ungezählte Deutsche hat es ein unmenschliches Schicksal gegeben, als sie aus ihrer angestammten und geliebten Heimat vertrieben wurden. Sie wurden gewaltsam entwurzelt, viele verloren das Leben, und die Wunden heilen nur langsam...- Wir ... haben jetzt und in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche gegenüber Polen... Wir Deutsche sagen dies nicht, um erlittenes Unrecht zu legitimieren; wir sagen es in bleibender Verbundenheit mit dem schweren Los unserer Landsleute, die Haus und Hof, Dorf und Heimat verloren haben. Wir wissen, wie viele Polen ein solches Schicksal aus eigener bitterer Erfahrung kennenlernen mußten, und wir wissen auch, daß es gewiß nicht die polnische Bevölkerung war, die am Ende des Krieges die Verlagerung des polnischen Territoriums nach Westen veranlaßt und durchgesetzt hat.“

Der polnische Staatspräsident Wojcziech Jaruzelski sagte in seiner Erwiderung:

„Wir kennen das bittere Schicksal der deutschen Bevölkerung, die die eigene Heimat zu verlassen gezwungen war, ein Schicksal, das auch wir Polen gut kennen.“

VAdM: Reiseplanung:
Erste Junihälfte: polnische Ostsee und Ostpreußen
Ende Juni: Südtirol
Erste Julihälfte: Ungarn und Siebenbürgen
Erste Augusthälfte: Tschechische Republik
Interessierte mögen sich bitte unter:
kontakt@vadm-afd.de
Stichwort: **Reiseplanung** melden.



HOH(L)SPIEGEL:

Sehr geehrter Herr Karl,
Ihre Anfrage bezüglich eines Standes am Sudetendeutschen Tag haben wir erhalten.
An der Beschlusslage des Bundesvorstandes hat sich nichts geändert, daher wird Ihr Antrag auch in diesem Jahr abgelehnt.
Mit freundlichen Grüßen
Andreas Miksch

In eigener Sache
Bei der Ausreise/Umsiedlung von Landsleuten aus den historischen Siedlungsgebiete in die BRD sind derzeit immense bürokratische Hürden zu überwinden. Um diese Problematik angehen zu können, benötigen wir entsprechende Sachberichte; diese erbitten wir über unsere Internetadresse.
Der VAdM-Vorstand

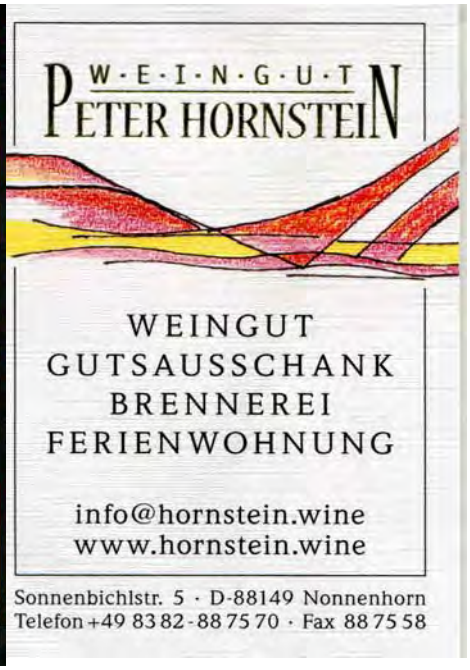
Bildnachweis:

Das Bild von S. 8 wurde uns freundlicherweise von LOW-Bayern zur Verfügung gestellt.

Alle sonstigen Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder offiziellen AfD-Seiten. hk

Buchempfehlung

Weinempfehlung



Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de